

Handeln. Dem Klima verpflichtet.

**Leitantrag des Bundesvorstandes an den
Deutschlandtag 2007 in Berlin**

1. Herausforderung Klimawandel

Seit jeher verändert sich das Klima der Erde. Doch spätestens mit Beginn der Industrialisierung beeinflusst der Mensch die natürlichen Klimaprozesse durch sein Tun. Die aktuellen Studien des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC) legen nahe, dass die Menschheit einen wesentlichen Anteil an den jüngsten Veränderungen des globalen Klimas trägt. In den letzten 650.000 Jahren war die Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre nie höher als heute. Der Weltklimarat warnt, dass sich die durchschnittliche globale Temperatur bis zum Jahr 2100 zwischen 1,8 und 4,0 Grad Celsius erhöhen könnte. Als Folge dieser Erwärmung rechnen die Experten mit einer Zunahme extremer Wetterereignisse wie Stürme oder ausgedehnte Trockenperioden sowie mit einem Anstieg des Meeresspiegels.

Die Junge Union Deutschlands sieht auf den Politikfeldern Klima-, Energie- und Umweltpolitik insbesondere wegen der Langfristigkeit der klimatischen Prozesse zentrale Gesichtspunkte der Generationengerechtigkeit berührt. Unserem christlichen Grundverständnis zufolge begreifen wir den Klima- und Umweltschutz als eine Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung. Hier ist in den vergangenen Jahren gerade in Deutschland sehr viel geschehen. Allerdings zeigen die Prognosen des Klimarats der Vereinten Nationen, dass es keinen Stillstand bei den Bemühungen geben darf. Klimapolitik ist eine Aufgabe für die gesamte Menschheit, angefangen bei jedem Einzelnen bis hin zur Welthandelsorganisation und den Vereinten Nationen. Wir haben jetzt die Pflicht zur nachhaltigen Bewahrung der Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen.

Für die Junge Union Deutschlands ist der globale Klimawandel eine Herausforderung, die zum dringenden Handeln zwingt. Die Chance, die Entwicklung zugunsten kommender Generationen positiv zu beeinflussen, ist vorhanden und muss genutzt werden: Die Industrienationen verfügen bereits heute über die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten, um dem anthropogenen Klimawandel durch rationales, pragmatisches und langfristig orientiertes Vorgehen entgegenzutreten. Ökonomie und Ökologie sind dabei zwei Seiten einer Medaille. Erfolge in der Klimapolitik können nicht durch Wachstumsverzicht erreicht werden, vielmehr bietet der ökologische Umbau des Wirtschaftssystems eine große Chance und benötigt seinerseits wirtschaftliches Wachstum zur Verwirklichung. Ziel muss es dabei sein, das Wachstum der Wirtschaft vom Wachstum der Treibhausgasemissionen zu entkoppeln.

Entscheidend wird es sein, einen Wandel des Energieversorgungssystems einzuleiten, denn der globale Energiebedarf wird sich bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts drastisch erhöhen. Die Prognosen schwanken dabei zwischen einer Verdoppelung und Verdreifachung. Die wachsende Bevölkerung und der höhere Lebensstandard führen derzeit unmittelbar zu einem weiteren Anstieg klimaschädlicher Emissionen: Jeden Tag werden weltweit zehn Millionen Tonnen Heizöl, 12,5 Millionen Tonnen Steinkohle und 7,5 Millionen Kubikmeter Erdgas verbraucht. Welt-

37 weit gibt es 800 Millionen Fahrzeuge, mit stark steigender Tendenz. Jeder Deutsche verursacht
38 pro Jahr im Schnitt 10,2 Tonnen CO₂. Umso wichtiger ist es, so schnell wie möglich die fossilen
39 Energieträger wie Kohle, Gas oder Öl durch die zukunftsträchtigen Erneuerbaren Energien wie
40 die Geothermie oder neuartige Energieformen wie die Kernfusion zu ersetzen. Hierfür gibt es
41 in Forschung und Entwicklung hoffnungsvolle Ansätze. Nicht zuletzt können das Einsparen von
42 Nutzenergie und die Effizienzsteigerung bei der Energieerzeugung und bei der Energienutzung
43 einen maßgeblichen Beitrag zu Senkung der CO₂-Emissionen leisten. Auch die Konzentration
44 anderer klimawirksamer anthropogener Gase wie Methan und verschiedene Stickstoff- und
45 Kohlenwasserstoffverbindungen steigt mit wachsender Bevölkerung und größerer Wirt-
46 schaftsleistung stetig an. Diese Emissionen müssen ebenfalls in eine globale Klimastrategie
47 einbezogen werden.

48 Europa als Vorreiter in der Klimapolitik verursacht insgesamt nur 14 Prozent der globalen
49 Treibhausgasemissionen. Deswegen kommt es darauf an, dass Deutschland und die Europäi-
50 sche Union andere Länder dazu bewegen, sich ebenfalls stärker in der Klimapolitik zu engagie-
51 ren und die Emissionen zu verringern. Es werden in den nächsten 25 Jahren vor allem die auf-
52 strebenden Schwellen- und Entwicklungsländer sein, die angesichts ihres Energiebedarfs zu-
53 sätzliche Emissionen verursachen. Deshalb wird es nur durch den Einsatz innovativer Technik
54 und mit einem grundlegenden Bewusstseinswandel gelingen, wirtschaftliches Wachstum und
55 klimapolitische Zielvorstellungen miteinander in Einklang zu bringen.

56 Die Junge Union Deutschlands ist überzeugt, dass vor allem ein umfassend ökologischer An-
57 satz und eine international abgestimmte Vorgehensweise zu deutlichen und langfristig wirk-
58 samen Erfolgen in der Klimapolitik führen werden.

59

60 **2. Rahmenbedingungen für eine wirksame Klimapolitik**

61 Der wesentliche Schlüssel für eine nachhaltige und erfolgreiche Klimapolitik ist die Energiepo-
62 litik. In kaum einem anderen Feld werden Investitionsentscheidungen mit derart langfristigen
63 und starken Auswirkungen auf das Klima und die wirtschaftliche Entwicklung getroffen. Ener-
64 giepolitik wird sich daher immer im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit, Versorgung-
65 sicherheit sowie Klima- und Umweltschutz abspielen.

66 Klima- und Umweltpolitik sind globale Aufgaben, die nicht allein von Deutschland und Europa
67 gelöst werden können. Umweltbelastungen machen nicht an nationalen Grenzen halt, sondern
68 breiten sich über Länder hinweg aus und sind im Falle des Treibhauseffektes sogar vollständig
69 global. Deshalb können Umwelt- und Klimapolitik nur im internationalen Kontext wirksam
70 betrieben werden. Dazu gehören Weitsicht und Umsicht. So kann es verhängnisvoll sein, wenn

71 etablierte Energieträger wie Kohle oder Kernenergie übergangen und damit die Versorgungs-
72 sicherheit sowie die wirtschaftliche Entwicklung von Volkswirtschaften gefährdet werden.
73 Besonders Deutschland muss als Importeur von Primärenergieträgern seine Energiepolitik
74 sorgfältig planen und abstimmen.

75

76 **3. Die aktuelle Debatte über Klima und Energie in Deutschland**

77 Die derzeitige Umweltdebatte ist zu einem großen Teil von Populismus und kurzfristiger
78 Schlagzeilenträchtigkeit geprägt. Verbotsdiskussionen dienen dem Umweltschutz ebenso we-
79 nig wie Angst- oder Panikszenerarien. Stattdessen müssen Umweltthemen dauerhaft auf der
80 Agenda des politischen Handelns und Denkens stehen. Eine ernsthafte und rationale Ausei-
81 nandersetzung mit dieser facettenreichen Thematik ist notwendig, um das Interesse der Men-
82 schen an diesem wichtigen Politikfeld zu erhalten.

83 Die Junge Union ist davon überzeugt, dass nicht alles, was in Deutschland zur Reduzierung der
84 Treibhausgase diskutiert und vorgeschlagen wird, auch nachhaltig wirksam und entwicklungs-
85 politisch richtig ist. So ist es energiepolitisch nicht verständlich, dass in Deutschland eine
86 Laufzeitverlängerung der bestehenden Kernkraftwerke politisch nicht durchsetzbar ist. Dies ist
87 gerade deswegen nicht nachvollziehbar, weil es sich bei der Kernenergie um eine CO₂-arme
88 und klimaverträgliche Form der Energieversorgung handelt. Die Verlängerung der Laufzeiten
89 der Kernkraftwerke ist deshalb ein Gebot der Vernunft. Die Mehreinnahmen aus der Laufzeit-
90 verlängerung der Kernkraftwerke sollten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Erfül-
91 lung einer Selbstverpflichtung nutzen, verstärkt in Forschung und Entwicklung im Bereich Er-
92 neuerbarer Energien zu investieren. Dieses Vorgehen wird den klimapolitischen Herausforde-
93 rungen und der deutschen Vorreiterrolle für eine weltweite Klimapolitik gerecht.

94

95 **4. Für eine nachhaltige und generationengerechte Klimapolitik**

96 Die Junge Union Deutschlands fordert in allen Bereichen ein geschärftes Bewusstsein für glo-
97 bale ökologische Belange. Nötig sind ein grundlegender Neubeginn und die Durchführung
98 einer schonungslosen Analyse aller bisherigen Instrumente und internationalen Verträge zum
99 weltweiten CO₂-Ausstoß auf ihre Zielvorgaben und Ergebnisse hin. Hierzu bedarf es des Mu-
100 tes, alte Konzeptionen zu verwerfen und die eingefahrenen Wege zu verlassen, die offenkun-
101 dig unzureichende Resultate erbracht haben. Das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit
102 der bisherigen Klimapolitik wird aus den folgenden Sachverhalten deutlich: Im Kyoto-Protokoll
103 von 1997 wurde vereinbart, dass die teilnehmenden Industriestaaten die Emissionen von
104 Treibhausgasen bis 2012 um fünf Prozent unter das Niveau des Jahres 1990 senken. Die Euro-
105 päische Union hat dabei ihrerseits eine Reduktion um acht Prozent zugesagt. Das IPCC und die

106 EU halten aber bis 2050 eine Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen um 50 Prozent
107 für notwendig, was für die EU – selbst unter Beibehaltung einer gewissen Ungleichverteilung
108 der Emissionsrechte in der Welt – zu einem Reduktionsziel von 60 bis 80 Prozent im Jahr 2050
109 führen müsste. Bis zum Jahr 2004 konnten die damals 15 Mitgliedstaaten der EU, die 1997 das
110 Kyoto-Protokoll unterzeichneten, ihre gesamten Treibhausgasemissionen (ausgedrückt in Koh-
111 lendioxidäquivalenten) einschließlich Methan und Stickstoffverbindungen nur um rund zwei
112 Prozent senken. Die CO₂-Emissionen selbst stiegen sogar um vier Prozent.

113 Die Junge Union spricht sich dafür aus, weltweit die Möglichkeiten der Energieeinsparung und
114 Energieeffizienz auszuschöpfen. Um zukünftig alle Nationen in die gemeinsamen Anstrengun-
115 gen eines globalen Umwelt- und Naturschutzes einzubeziehen, müssen übereinstimmend In-
116 strumente gefunden werden, die wirken und auf eine allgemeine Akzeptanz treffen. Dabei
117 muss Deutschland ein weltweiter Impulsgeber in der Klimapolitik bleiben. Unsere Innovati-
118 onskraft und Technologieführerschaft, beispielsweise im Bereich der Erneuerbaren Energien,
119 ist weiter auszubauen.

120 Gerade Deutschland verfügt über einen sehr innovativen und breit gefächerten Mittelstand,
121 der in der Energietechnik, vor allem bei der technischen Weiterentwicklung der Erneuerbaren
122 Energieträger, schon heute weltweit führend ist. Die kleinen und mittelständischen Unter-
123 nehmen auf diesem Gebiet, die in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang innovative
124 und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen haben, können insbesondere dann weiter wach-
125 sen, wenn die Rahmenbedingungen verlässlich sind. Es ist deswegen Aufgabe der Politik, sich
126 klar zu dieser Zukunftsbranche zu bekennen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu
127 forcieren. Der Standort Deutschland profitiert schon heute vom Technologietransfer und Ex-
128 port marktreifer ökologischer und hochwertiger Produkte. Diese positive Entwicklung gilt es,
129 zu stärken und voranzutreiben.

130 Heute unternehmen sowohl die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens als auch die Vereinig-
131 ten Staaten immer größere Anstrengungen zum Umweltschutz. Deshalb ist es für die Junge
132 Union wichtig, dass für die Akzeptanz und die nachhaltige Stärkung internationaler Klimapoli-
133 tik geworben wird, ohne Abwehrreaktionen oder sogar tiefe Ablehnung bei den Adressaten zu
134 erzeugen. Mit Best-Practice-Ansätzen und Zielvereinbarungen kann den einzelnen Ländern
135 ermöglicht werden, die klimapolitischen Zielvorstellungen auf verschiedenen Wegen zu errei-
136 chen.

137 In den Entwicklungsländern führen die globale Energiepolitik und das weltweite Energiepreis-
138 niveau häufig dazu, dass die gesamte Entwicklungshilfe und ein beträchtlicher Teil des Brutto-
139 inlandsprodukts für den Import von Energieträgern aufgewendet werden müssen. Eine nach-
140 haltige internationale Energie- und Entwicklungshilfepolitik darf deshalb nicht die Möglichkei-
141 ten der ökonomischen Entwicklung dieser Länder blockieren. Denn besonders in den stark

142 wachsenden Volkswirtschaften wird die Maxime des reinen Energiesparens kaum auf breite
143 Akzeptanz treffen. Realistischerweise ist davon auszugehen, dass der Energieverbrauch gerade
144 in diesen Ländern weiter steigen wird.

145 Ein Instrument zur Sicherstellung dieses wachsenden Energiebedarfs muss dabei auch in
146 Schwellen- und Entwicklungsländern der verstärkte Einsatz der Erneuerbaren Energien sein.
147 Denn hier trifft noch vielmehr als in den entwickelten Ländern zu, dass ein steigender Energie-
148 bedarf und wachsende Energiemärkte gute Entwicklungsperspektiven für Erneuerbare Ener-
149 gieträger bieten. Mit ihnen ließe sich auch die Importabhängigkeit von Energieträgern verrin-
150 gern, die sonst für viele Länder unweigerlich Folge ihres steigenden Energiebedarfs wäre. Über
151 die Entwicklungshilfe müssen dabei nach Auffassung der Jungen Union Deutschlands Instru-
152 mente geschaffen werden, die Investitionsanreize in Erneuerbare Energien zum Ziel haben.
153 Dies ist auch eine Möglichkeit für deutsche Unternehmen, ihre Technologie zu exportieren.

154 Die Junge Union Deutschlands ist angesichts steigender Energiepreise und wachsender Volks-
155 wirtschaften jedoch wegen des größer werdenden Markts für die Erneuerbaren Energien opti-
156 mistisch, dass eine Energiewende eingeleitet werden kann. Dies muss aber durch Anreize,
157 nicht mit Verboten geschehen. Gerade die Schwellen- und Entwicklungsländer, in denen die
158 Bedingungen für den Einsatz Erneuerbarer Energien – etwa Sonnenkollektoren oder großflä-
159 chiger Biomasseanbau – oft besser als beispielsweise in Europa sind, können diesen neuen
160 Techniken zu einem wirklichen Durchbruch verhelfen. Eine einseitig auf das Energiesparen
161 ausgerichtete Politik würde jedenfalls in eine Sackgasse führen. Weder kann damit den lang-
162 fristigen Erfordernissen einer Reduktion von CO₂-Emissionen hinreichend entsprochen wer-
163 den, noch würde ein perspektivisch stagnierender oder schrumpfender Energiemarkt Anreize
164 für Risikoinvestitionen in innovative Energiesysteme bieten.

165

166 **5. Forderungen der Jungen Union an eine nachhaltige Klimapolitik**

167 5.1 Querschnittforderungen

168 Es ist aus Sicht der Jungen Union unumgänglich, für Deutschland einen nationalen Energieplan
169 zu entwickeln. Eine nachhaltige Klimapolitik muss von allen Beteiligten getragen werden. Die
170 Verantwortung für unser Klima zieht sich vom Einzelnen über die Kommune, die Länder, den
171 Bund und die Europäische Union bis hin zu internationalen Organisationen. Da die bisherige
172 energiepolitische Kompetenzersplitterung häufig zu Streitigkeiten und halbfertigen Lösun-
173 gen geführt hat, muss die Verantwortung für diesen Bereich in einem einzigen Ministerium
174 gebündelt werden. Dieses hätte die Aufgabe, sowohl den Energiemix anhand der Kriterien
175 Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit zu optimieren, als auch
176 Anreizsysteme für klimabewusste und wirtschaftliche Technologien zu entwickeln. Dabei ist es

177 für die Junge Union eine Selbstverständlichkeit, die Erneuerbaren Energien möglichst rasch
178 einen immer breiteren Anteil am Energiemix einnehmen zu lassen. In naher Zukunft müssen
179 sie – ihren technischen Eigenschaften entsprechend – den Hauptteil der Energieversorgung in
180 Deutschland tragen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weitgehend zu minimie-
181 ren.

182 Jede neue Form der Energieerzeugung benötigt bis zu ihrer vollen Einsatzfähigkeit Zeit. Staat-
183 liche Instrumente können helfen, die Entwicklung dieser Systeme zu beschleunigen. Deshalb
184 bekennt sich die Junge Union Deutschlands zu Forschungsförderung, Anschubfinanzierungen
185 und Anreizsystemen. Allerdings müssen diese Beihilfen an klare Zielvorgaben gekoppelt sein,
186 um keine Dauersubventionsbestände zu schaffen.

187 Der öffentlichen Hand kommt in der Klimapolitik und bei der Energieeffizienz eine besondere
188 Verantwortung zu. Nicht nur als Entscheidungsträger bei der Festsetzung der energiepoliti-
189 schen Rahmenbedingungen, sondern auch in ihrer Funktion als Eigentümer bzw. Betreiber
190 einer Vielzahl von öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften sowie als Anteilseigner an Ener-
191 gie-, Wohnungsbau- und Verkehrsunternehmen. Käme es in diesen Bereichen zu Verhaltens-
192 änderungen und zusätzlichen Investitionen in eine gesteigerte Energieeffizienz, hätte dies
193 konkrete positive Auswirkungen. Beispiele dafür können die Umstellung bei der Wärmeerzeu-
194 gung oder beim Strombezug auf Energieträger mit günstiger CO₂-Bilanz, die konsequent öko-
195 logische Ausrichtung und Ausweisung kommunaler Neubauten und Sanierungsvorhaben, die
196 Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen oder auch eine effi-
197 zientere Straßenbeleuchtung sein. Da die hierfür notwendigen Investitionsmittel nur in viel zu
198 geringem Maße über die öffentlichen Haushalte bereit gestellt werden können, sollten Bund,
199 Länder und Kommunen zukünftig die Möglichkeiten sehr viel stärker nutzen, die öffentlich-
200 private Partnerschaften in diesen Bereichen (z. B. Energie-Contracting-Modelle) bieten. Zu-
201 sätzlich müssen die Anliegen der Klimapolitik stärker in die schulische und berufliche Praxis
202 aufgenommen werden, um hier das Bewusstsein des Einzelnen für klimapolitische Anstren-
203 gungen zu schärfen.

204 Ein Schwerpunkt der Bemühungen muss es sein, mit immer weniger Primärenergieeinsatz den
205 Energiebedarf decken zu können. Hier liegen in Deutschland große Potenziale brach. Deshalb
206 ist die Energieberatung zu stärken, die ein wichtiger Mittler dafür ist, Menschen ökologische
207 Zusammenhänge zu verdeutlichen und den effizienten Umgang mit Ressourcen nahe zu brin-
208 gen. Dieses Vorgehen entspricht zudem dem Subsidiaritätsprinzip, da es die jeweiligen Be-
209 dürfnisse und Notwendigkeiten des Einzelnen beachtet und nicht autoritär und zentralistisch
210 in die Angelegenheiten der Bürger einzugreifen versucht. Den Menschen muss jedoch die
211 Kompetenz für entsprechendes Handeln vermittelt werden. Hier spielt die Umweltbildung
212 eine zentrale Rolle. Sie ist deshalb der Schlüssel für eine stärkere Verankerung des Problem-

213 bewusstseins.

214 Ein zentrales Element bei der Senkung des Energieverbrauchs ist die Effizienz. Die Junge Union
215 fordert deshalb, die Skala der Energieeffizienzklassen auf alle Elektrogeräte auszudehnen und
216 im Bereich der besonders energiesparenden Geräte zu erweitern. Die EU sowie die Industrie
217 sind gefordert, die Kennzeichnung verständlicher zu gestalten und mit einer vernünftigen In-
218 formationskampagne die langfristigen finanziellen Vorteile beim Kauf solcher Geräte darzule-
219 gen.

220 Es gilt, bei allen Akteuren die Kompetenz in Energiefragen zu steigern. Dabei helfen Anreize
221 jedoch stärker als staatlicher Interventionismus, der in der Vergangenheit häufig zu Fehlsteuer-
222 ungen geführt hat und einzelne Produkte – etwa Solaranlagen – künstlich verteuert. Gerade
223 eine Kombination aus Anreizen zum Energiesparen und den durch steigende Energiepreise
224 entfesselten Marktkräften ist der richtige Weg. Dies haben die Effizienzsteigerungen der letz-
225 ten Jahrzehnte in Deutschland gezeigt.

226 Ein Instrument für die marktförmig optimierte Reduktion der globalen CO₂-Emissionen, das
227 zukünftig wirksamer genutzt werden sollte, ist der Handel mit CO₂-Zertifikaten. Um das Po-
228 tenzial des Emissionshandels besser als bisher auszuschöpfen, sollte künftig auf den Verkauf
229 der Zertifikate und die spätere freie Preisbildung gesetzt werden statt auf deren kostenlose
230 Zuteilung und administrative Mengensteuerung. Mit der Verwirklichung eines solchen „ech-
231 ten“ Emissionshandels könnten für die einbezogenen Sektoren auch die anderen Steuerungs-
232 instrumente wie die Ökosteuern entfallen.

233

234 5.2 Umweltaußenpolitik

235 Eine wirksame Klimapolitik kann auf europäischer und internationaler Ebene verwirklicht wer-
236 den. Allein das Wachstum der Weltbevölkerung – insbesondere in den Entwicklungs- und
237 Schwellenländern – wird unweigerlich zu einem weiteren Anstieg der globalen Treibhausgas-
238 emissionen führen, wenn nicht unmittelbar vor Ort gegengesteuert wird. Deshalb wird der
239 Erfolg jeder Klimapolitik entscheidend davon abhängen, wie es gelingt, die Schwellen- und
240 Entwicklungsländer in das Regime der weltweiten Reduktion von Treibhausgasen einzubezie-
241 hen. Die besondere Schwierigkeit liegt hierbei in einer klugen Abwägung zwischen den be-
242 rechtigten Wachstumszielen und der Einsicht in diesen Ländern, dass eine Störung des Welt-
243 klimasystems gerade ihre Entwicklung nachhaltig schädigen könnte. Es müssen internationale
244 Instrumente entwickelt werden, um Energiepolitik, Umweltpolitik, Sozial- und Arbeits-
245 marktpolitik miteinander zu verzahnen. Die Industrieländer, insbesondere Deutschland, müs-
246 sen dabei Vorbildfunktion übernehmen. Internationale (Klima-)Abkommen brauchen den Cha-
247 rakter verbindlicher Verpflichtungserklärungen. Zu diesem Zweck müssen künftig Sanktions-

248 mechanismen im Falle von Vertragsabweichungen eingebaut werden. Es kommt deshalb dar-
249 auf an, die Entwicklungs- und Schwellenländer von der Notwendigkeit einer globalen Klimapo-
250 litik zu überzeugen.

251 Die Junge Union fordert, dass bei allen Maßnahmen der deutschen Entwicklungshilfepolitik
252 geprüft wird, ob bei den geförderten Projekten Umwelt- und Klimaschutzstandards eingehal-
253 ten werden. Hierbei würden sich auch neue Exportchancen für hocheffiziente deutsche Ener-
254 gie- und Umwelttechnik ergeben. Vor allem müssen jedoch die Schwellen- und Entwicklungs-
255 länder erkennen, dass Klimapolitik in ihrem ureigensten Interesse ist und Nichthandeln zu
256 einem ernsthaften Entwicklungshemmnis werden könnte.

257

258 5.3 Maßnahmen nach Sektoren

259 Klimapolitik ist wegen der globalen Zusammenhänge eine komplexe Aufgabe. Mit der Bündel-
260 lung einzelner, auch kleinteiliger Maßnahmen in verschiedenen Bereichen wie Landwirtschaft
261 und Verkehr lassen sich positive Effekte erzielen. Zugleich sind beim differenzierten Einsatz
262 der jeweiligen Energieträger die Anforderungen Verfügbarkeit, Versorgungssicherheit und
263 Wirtschaftlichkeit, aber auch die Verringerung von Importabhängigkeiten zu beachten. Schon
264 heute sind jedoch die technischen Voraussetzungen für eine nachhaltige Klimapolitik gegeben.

265

266 5.3.1 Stromversorgung

267 Eine funktionierende Volkswirtschaft ist unmittelbar auf eine stabile und effiziente Stromver-
268 sorgung angewiesen. Zugleich gibt es viele Möglichkeiten, um positive Anreize zur Senkung
269 des Stromverbrauchs zu geben. Jeder Privatverbraucher kann etwa durch die Vermeidung der
270 Nutzung von „Stand-by“-Schaltungen sowie durch den Kauf effizienter Haushaltsgeräte den
271 Energieeinsatz reduzieren. Die globale Perspektive ist entscheidend: Durch weltweite „Top-
272 Runner-Programme“ könnte vor allem europäische Spitzentechnologie Maßstäbe setzen. Auf
273 der übergeordneten Ebene sind die Investitionen in effiziente und sichere Übertragungslei-
274 tungen, die Verwirklichung „intelligenter“ Stromnetze sowie der Netzausbau zur effizienten
275 Verteilung – vor allem des aus regenerativen Quellen wie Wind- und Sonnenenergie, Erdwär-
276 me oder Biomasse erzeugten Stroms – entscheidende Faktoren. Um eine möglichst klima-
277 schonende Energieversorgung zu gewährleisten und die Importabhängigkeit zu verringern, ist
278 die Förderung alternativer Energien weiter notwendig.

279 Gerade die Geothermie sollte dabei in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen, weil sie breit und
280 stetig verfügbar – damit also grundlastfähig – ist sowie ein großes Ausbaupotenzial bietet. Als
281 dezentrale Energiequelle, die Energie jahres- und tageszeitenunabhängig liefert, eröffnet die

282 Erdwärme viele Anwendungsoptionen. Im Sachstandsbericht „Möglichkeiten geothermischer
283 Stromerzeugung in Deutschland“ des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgen-
284 abschätzung des Deutschen Bundestages wurde im Februar 2003 festgestellt, dass das techni-
285 sche Gesamtpotenzial zur geothermischen Stromerzeugung bei rund 1.200 Exa Joule (etwa
286 300.000 TWh) liegt. Das entspricht etwa dem 600-fachen des deutschen Jahresstrombedarfes
287 von etwa zwei Exa Joule. Hinzu kommt die zusätzliche Leistung an thermischer Energie, die
288 noch einmal auf das 2,5-fache der Stromerzeugung durch Wärmepumpen beziffert wird.

289 Es darf dabei nicht vergessen werden, dass elektrischer Strom als hochwertige Endenergieform
290 in den komplex vernetzten Wirtschaftssystemen der entwickelten Staaten in weiterhin wach-
291 sender Menge benötigt wird. Die Prognosen der Europäischen Kommission gehen davon aus,
292 dass sich der Stromverbrauch in der EU von 2000 bis 2030 um 51 Prozent erhöhen wird. Auch
293 für Deutschland wird ein Anstieg um 25 Prozent erwartet. Dies schafft langfristige Versor-
294 gungsnotwendigkeiten und auch Marktpotenziale. Unter dem Aspekt der Klimaprävention
295 muss offen darüber diskutiert werden, wie die Stromversorgung in der Zukunft gewährleistet
296 werden soll.

297 In der benötigten Menge und technischen Qualität bieten sich mit heute verfügbarer Technik
298 drei Wege an: Weitgehend klimaneutral ließe sich eine sichere und wirtschaftliche Versorgung
299 durch einen höheren Anteil der Erneuerbaren Energien sowie der Kernenergie erreichen. Bei
300 allen bekannten Vor- und Nachteilen der Kernenergie ergäbe sich – über die bestehende Ver-
301 meidung von CO₂-Emissionen im deutschen Energiemix hinaus – durch einen weiteren Ausbau
302 ein maximales Potenzial an CO₂-Reduzierung von rund 20 Prozent bezogen auf die deutschen
303 Gesamtemissionen. Global ist im Übrigen klar ein Trend zum Ausbau der Kernenergie erkenn-
304 bar. Die Frage ist daher letztlich nur, ob Strom aus Kernkraft auch in Deutschland oder nur in
305 anderen Ländern produziert wird.

306 Eine weitere CO₂-arme und vom technischen und ökonomischen Standpunkt wahrscheinlich
307 zweckmäßige Option ist die Verwirklichung eines großen euro-mediterranen Energieverbun-
308 des auf der Grundlage der Stromerzeugung durch Solarthermie. Im Rahmen der Initiative TREC
309 (Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation) wurde hierfür ein konkretes Konzept
310 erarbeitet, bei dem vorgesehen ist, mit Solarthermieanlagen in der Sahara, Biomassennutzung
311 in Europa und Windkraftanlagen in den Passatwindregionen der afrikanischen Atlantikküste
312 große Teile des Strombedarfes des euro-mediterranen Raums sowie weiter Teile Afrikas und des
313 Mittleren Ostens zu decken.

314 Im Bereich der Stromversorgung durch Kohle kann die Abscheidung (Sequestrierung) des CO₂
315 einen Beitrag zur Reduktion der weltweiten Treibhausgasemissionen leisten und die weltweit
316 reichlich vorhandene Kohle zu einem Energieträger der Zukunft machen. Ob sich diese Tech-
317 nologien und Verfahren künftig verbreiten und etablieren werden, ist aber wesentlich von ih-

318 rer Wirtschaftlichkeit abhängig. Die Forschungsansätze der deutschen Energieversorger mit
319 dem Ziel eines CO₂-freien Kohlekraftwerkes sind derzeit noch nicht marktreif. Eine CO₂-
320 Sequestrierung wird nur dann eine Marktchance haben, wenn die Effizienzverluste durch die
321 Abscheidung des Kohlendioxids unter 20 Prozent liegen und die Zusatzkosten für Abtrennung,
322 Transport und Lagerung des CO₂ nicht größer als 20 bis 25 Prozent sind.

323

324 5.3.2 Wärmeversorgung

325 Da rund 70 Prozent des Energieverbrauchs in Privathaushalten auf die Wärmeerzeugung ent-
326 fallen, ergeben sich hier Chancen, Energie effizienter zu nutzen und einen Großteil des bishe-
327 rigen Aufwandes einzusparen. Daher spricht sich die Junge Union dafür aus, positive Anreize
328 für die energieeffiziente Renovierung bestehender Gebäude sowie den Bau von Niedrig-
329 Energie-Häusern anzubieten. Die Kosten-Nutzen-Relation darf auch hier nicht außer acht blei-
330 ben. Die Anreizförderung soll nur sinnvolle Investitionen, keine unrentablen Maßnahmen aus-
331 lösen. Wo immer sie sinnvoll sind, müssen zur Wärmegewinnung neue Energieformen wie
332 Geo- oder Solarthermie, der örtliche Einsatz von Biomasse oder die Installation von Wärme-
333 pumpen gefördert werden. Gerade bei kleineren Wohngebäuden sind ergänzende Solarther-
334 mie- oder Wärmepumpenanlagen leicht nachzurüsten und schon heute rentabel. Die beste-
335 henden Förderinstrumente aus dem Marktanzreizprogramm und dem CO₂-
336 Gebäudesanierungsprogramm sollten in einem integrierten Wärmekonzept aufrecht erhalten,
337 zusammengefasst und verstetigt werden. Um im Mietwohnungsbestand die Anreize für eine
338 energetische Sanierung zu erhöhen, sollte im Mietrecht ein diesbezüglicher finanzieller Inte-
339 ressenausgleich zwischen Eigentümer und Mieter vorgesehen werden, der verhindert, dass die
340 Kosten unter Umständen ausschließlich der Eigentümerseite entstehen, während die Erträge
341 der Sanierungsmaßnahmen auf Seiten der Mieter anfallen.

342 Ebenso muss die in Biomasseanlagen sowie bei der Energienutzung in Kraftwerken oder In-
343 dustrieanlagen als Nebenprodukt anfallende Wärme stärker genutzt werden. Noch entweicht
344 diese viel zu häufig ohne Verwendung in die Atmosphäre. Durch die bisher ungenutzte Ab-
345 wärme kann besonders in Ballungsräumen eine weitere deutliche CO₂-Einsparung erreicht
346 werden. Aber auch für den ländlichen Raum kann die Abwärmenutzung aus dem Betrieb zahl-
347 reicher Biomasseanlagen eine sinnvolle Option sein.

348 Der weitere Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ist in Deutschland und anderen Ländern ein
349 technisch problemloser Beitrag zur Emissionsreduzierung, der auch unmittelbar rentabel ist.
350 Die Förderung durch das KWK-Gesetz ist sinnvoll und soll dort weiter ausgebaut werden, wo
351 sich genügend Abnehmer für die Wärme finden.

352

353 5.3.3 Verkehr

354 Im Verkehrssektor bestehen ebenfalls große Potenziale, die Abläufe effizienter zu gestalten,
355 ohne die individuelle Mobilität als Bestandteil unserer Demokratie und unseres Wirtschafts-
356 systems durch Verbote weiter einzuschränken. Priorität haben dabei die generelle Verkehrs-
357 vermeidung – etwa durch eine einheitliche Flugsicherung in Europa, um Warteschleifen und
358 Umwege zu reduzieren – sowie die Verlagerung des notwendigen Verkehrs auf umweltfreund-
359 lichere Verkehrsträger. Eine Einbindung des Flugverkehrs in einen globalen Handel mit CO₂-
360 Emissionszertifikaten könnte mit einem marktwirtschaftlichen Instrumentarium zusätzliche
361 Anreize für den Einsatz sparsamer Flugzeuge schaffen, ohne eine Kerosinsteuer einführen zu
362 müssen. Bei Kraftstoffen (Benzin, Kerosin etc.) kann die Abhängigkeit von fossilen Energie-
363 formen durch die vermehrte Beimischung von Biokraftstoffanteilen der zweiten Generation
364 reduziert werden. Um den Kauf klimaschonender Fahrzeuge zu fördern, schlägt die Junge Uni-
365 on die Abschaffung der Kfz-Steuer zugunsten einer Umwandlung in eine „CO₂-Steuer“ vor, die
366 sich am CO₂-Ausstoß und damit am jeweiligen Verbrauch orientiert.

367 Die Junge Union fordert den konsequenten Einsatz zukunftsweisender Verkehrstechnologien.
368 Vor allem der Transrapid muss gefördert werden, denn dank der umweltfreundlichen Magnet-
369 schwebebahn lassen sich im Mittelstreckenbereich zwischen den Ballungsräumen viele Flüge
370 und Kfz-Fahrten vermeiden. Im schienengebundenen Bahnverkehr tritt die Junge Union für
371 umfassenden Wettbewerb auf der Angebotsseite ein. Die Deutsche Bahn AG sollte künftig nur
372 einer unter mehreren Anbietern sein und das Schienennetz von einer staatlichen Netzagentur
373 betrieben werden. Durch sinkende Preise werden Bahnfahrten für weite Teile der Bevölkerung
374 noch attraktiver als bisher.

375

376 5.3.4 Industrieller und gewerblicher Energiebedarf

377 Für die Junge Union gehen Ökonomie und Ökologie Hand in Hand. Das bedeutet nach unse-
378 rem Verständnis, dass eine ambitionierte Klimapolitik den wirtschaftlichen Erfolgskurs eines
379 Landes nicht übermäßig beeinträchtigen darf. Diesbezüglich ist insbesondere an Industrie-
380 zweige mit einem durch die Art der Produktion bedingten hohen Energiebedarf, wie etwa die
381 Stahlindustrie, zu denken. Sie dürfen nicht für ihren per se hohen Energieverbrauch bestraft
382 werden. Eine nationale Sonderbelastung durch überambitionierte Auflagen oder Abgaben über
383 internationale Standards hinaus führt nur zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen Län-
384 dern. Ideologisch überzogene Maßnahmen, die zu Lasten einzelner Branchen bzw. des Wirt-
385 schaftswachstums gehen, lehnen wir daher strikt ab. Stattdessen begrüßen wir eine Politik, die
386 den technischen Fortschritt fördert und mit steuerlichen Anreizsystemen die Umrüstung auf
387 energiesparende Techniken unterstützt. Bei der Adressierung der Emissionsproblematik ist

388 darüber hinaus auch aus Wettbewerbsgründen eine Internationalisierung des Zertifikatehan-
389 dels anzustreben.

390 Unternehmen, die sich auf umwelt- und klimafreundliche Energieerzeugung oder Produktions-
391 techniken spezialisiert haben, sind nicht nur Dienstleister beim Erreichen klimapolitischer Zie-
392 le, sondern eröffnen und bedienen gleichzeitig durch das erhöhte internationale Umweltbe-
393 wusstsein einen großen Wachstumsmarkt. Für eine weiterhin positive Entwicklung dieser
394 Branche müssen die deutschen Unternehmen ihren führenden Status bei innovativen umwelt-
395 und klimafreundlichen Technologien durch einen Technologievorsprung verteidigen. Zu die-
396 sem Zweck ist eine bessere Verzahnung der Wirtschaft mit den universitären Forschungszent-
397 ren wünschenswert.

398

399 5.3.5 Landwirtschaft

400 Ein häufig vernachlässigter Aspekt der Klimadebatte ist die konventionelle und ökologische
401 Landwirtschaft: Ihr Ausstoß von Treibhausgasen macht weltweit mehr als ein Fünftel der Emis-
402 sionen aus. Die Viehzucht etwa ist inzwischen eine wichtige Quelle solcher Emissionen – rund
403 1,5 Milliarden Rinder setzen jährlich 80 Millionen Tonnen Methan frei, das ein 21-mal größeres
404 spezifisches Treibhauspotenzial als Kohlendioxid hat. Auch der Ackerbau trägt in Abhängigkeit
405 von den kultivierten Pflanzen, den Anbaumethoden, der Bodenbeschaffenheit und den klima-
406 tischen Bedingungen erheblich zur Emission von Methan, CO₂ und Stickstoffverbindungen bei.
407 Es ist daher angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung notwendig, die Methoden der Tier-
408 zucht und des Nutzpflanzenanbaus in Bezug auf ihre Treibhauswirksamkeit zu optimieren.
409 Dabei kann auch die Grüne Gentechnik einen Beitrag leisten. Durch die Ertragssteigerung von
410 Trockenreissorten könnten sich beispielsweise Teile des Nassreisanbaus ersetzen lassen, der
411 hohe Methanemissionen nach sich zieht.

412 Zugleich bietet die Landwirtschaft die Möglichkeit, durch Ausweitung des Energiepflanzen-
413baus den Verbrauch fossiler Energieträger zu senken. Hier gilt es auch in Deutschland, Nut-
414 zungskonzepte für bisher brachliegende Flächen zu entwickeln und für den verstärkten Anbau
415 von Hochenergiepflanzen wie Chinagrass zu verwenden. Weltweit besteht allerdings bereits
416 heute die Konkurrenz zwischen den landwirtschaftlichen Arealen zur Nahrungsmittelerzeu-
417 gung und den Biomasseflächen: Das Beispiel steigender Getreidepreise in Mexiko, wo die
418 Maispreise wegen der Nachfrage aus den USA nach Biosprit stark gestiegen sind, zeigt, dass
419 staatlich verordnete Vorgaben zum Umwelt- und Klimaschutz oft Fehlentwicklungen verursa-
420 chen, unter denen wiederum die Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern zu leiden
421 haben. Notwendig ist daher eine umfassende Biomassepolitik, bei der die globalen Flächenres-
422ourcen mit den konkurrierenden Ansprüchen abgeglichen werden.

423 Wie bei anderen Energieträgern auch müssen die technischen und ökologischen Vor- und
424 Nachteile der Biomasse beachtet werden. So ist etwa der Einsatz von Holzpellet-Heizungen
425 nur sinnvoll, wenn die bestehenden Abgasvorschriften eingehalten werden. Auch muss sicher-
426 gestellt werden, dass zur Gewinnung von Biomasse nicht Raubbau am tropischen Regenwald
427 betrieben oder durch Brandrodungen Platz für die Anlage neuer Palmölplantagen geschaffen
428 wird. Sinnvoll ist hingegen die Optimierung der Energiepflanzenzüchtung sowie ihres Anbaus
429 auch durch die Grüne Gentechnik. Trotz dieser Grenzen hat die energetische Biomassenut-
430 zung nach Auffassung der Jungen Union großes Potenzial, vor allem für den Verkehrssektor
431 oder den Wärmemarkt Energie kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

432 **6. Perspektiven in der Klimapolitik**

433 Eine effiziente, ressourcenschonende sowie ökologisch und ökonomisch sinnvolle Klimapolitik
434 ist möglich. Grundlage dafür ist die konsequente Erforschung und rationale Anwendung der
435 Klima- und Energietechnik. Ideologie ist dabei fehl am Platz. Daher fordert die Junge Union die
436 Intensivierung der Forschung zur alternativen Energiegewinnung. Der Schwerpunkt muss da-
437 bei bei wirklicher Nachhaltigkeit liegen, d. h. beim dauerhaften und subventionsfreien Einsatz
438 von Technologien, die Sicherheit, Effizienz, Ästhetik und Umweltfreundlichkeit miteinander
439 verbinden.

440 Die Junge Union Deutschlands bekennt sich ausdrücklich zur vorrangigen Förderung der Er-
441 neuerbaren Energien. Ihnen und ihren vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten von der Wasser-
442 kraft bis zur Geothermie gehört die Zukunft. Daher sind sie der Schlüssel für eine nachhaltige
443 Klimapolitik und einen ökologischen Energiemix im 21. Jahrhundert.

444 Bei der weiteren Entwicklung regenerativer Energieträger ist vor allem der Aspekt der Grund-
445 lastfähigkeit, wie sie etwa bei der Erdwärme- oder auch der Biomassenutzung gegeben ist, ein
446 entscheidendes Erfolgskriterium. Neben der dezentralen, „kleinen“ Erneuerbaren Energie, die
447 sich im wesentlichen auf die Energiegewinnung unmittelbar an der Verbrauchsstelle vor Ort
448 konzentriert, müssen auch größere Ansätze verfolgt werden, wie das bereits erwähnte TREC-
449 Projekt zur Solarthermienutzung in der Sahara. Ähnliche Vorhaben lassen sich auch für die
450 ostasiatischen und nordamerikanischen Regionen entwickeln. Die unter dem Gesichtspunkt
451 der Klimaprävention langfristig notwendige Energierevolution, also der Umbau des gesamten
452 Energiesystems auf CO₂-arme und nachhaltige Energieerzeugung, ist auf solche Großprojekte
453 angewiesen.

454 Deutschland war lange Zeit weltweit führend in der Kernkrafttechnologie und -sicherheit. Für
455 die nächsten Jahrzehnte wird die Kernenergie global eine wichtige Rolle spielen und eine der
456 wesentlichen Möglichkeiten bleiben, Energieerzeugung und die Herausforderungen der Kli-
457 mapolitik miteinander zu vereinbaren. Die JU fordert daher die Errichtung weiterer For-

458 schungsreaktoren sowie den ideologiefreien Umgang mit der Zukunft der Kernkraft. Dazu ge-
459 hört auch eine realistische Einschätzung der Laufzeiten von Kernkraftwerken und die Frage
460 nach der Weiterentwicklung bestehender Kernkraftwerke. Deutschland muss sich insbesonde-
461 re auch an der Erforschung und der Entwicklung der Generation-4-Reaktoren beteiligen, deren
462 Konzept inhärenter Sicherheit gegenüber den bestehenden Kernkraftwerken einen qualitati-
463 ven Sprung bedeutet. Eine nationale Verweigerungshaltung bei der Kernkraft führt nicht zu
464 mehr Sicherheit, sondern schließt politischen und technischen Einfluss auf internationaler
465 Ebene, zumal in Schwellenländern, aus – und verhindert die Entwicklung einer exportstarken
466 Wachstumsindustrie schon im Keim.

467 Eine langfristig viel versprechende Technik ist die Kernfusion, die auf Basis des fast unbegrenzt
468 vorhandenen „schweren Wassers“ und ohne langanhaltend radioaktiv kontaminierte Reste
469 saubere Energie erzeugt. Die Entwicklung dieser Technologie muss daher weiter Priorität ha-
470 ben. Auch für die energetische Nutzung von Kohle können sich durch die CO₂-Speicherung
471 bzw. die CO₂-Abscheidung langfristige Perspektiven ergeben, da sie zur Deckung des Energie-
472 bedarfs wegen großer Reserven und ihrer breiten geographischen Verteilung ein wertvoller
473 Energieträger ist.

474 Hoffnungsvolle Ansätze bei der Erforschung der Wasserstofftechnologie, der Brennstoffzelle,
475 der künstlichen Fotosynthese oder von Techniken zur CO₂-Aufspaltung sind in Zukunft ver-
476 stärkt zu unterstützen. Neben dem Staat ist auch die Wirtschaft in der Verantwortung, Lehr-
477 stühle und Sonderforschungsbereiche an Universitäten im Energiesektor zu fördern und zu
478 stiften. Das bisherige Engagement der Energiewirtschaft bei der Forschung ist bei weitem
479 nicht ausreichend.

480 Deutschland hat in der Umwelttechnik und Energieeffizienz einen klaren Standortvorteil: Nir-
481 gends gibt es so viele innovative Mittelständler, die mit Patenten und Erfindungen Beiträge
482 zum Umweltschutz und zur Energieeinsparung auf technologischem Spitzenniveau liefern. Bei
483 wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung muss Deutschland seine weltweit führende
484 Position in der Umwelttechnologie sowie der Energie- und Klimaforschung weiter ausbauen.
485 Dabei kommt besonders dem Bereich der Klimafolgenanalyse eine wachsende Bedeutung zu.
486 Der Forschungsetat darf daher nicht angetastet, sondern muss in den kommenden Jahren er-
487 höht werden. Wichtig für den Standort Deutschland sind zudem die intensive Beteiligung an
488 der Erforschung neuer Kraftwerksgenerationen sowie die Aufrechterhaltung internationaler
489 Sicherheitsstandards nach deutschem Vorbild.

490 Der globale Klimawandel ist eine große Herausforderung, der es mit Zuversicht und entschlos-
491 senem Handeln zu begegnen gilt. Ignoranz einerseits und Hysterie andererseits sind bei der
492 Suche nach nachhaltigen Lösungen nicht sinnvoll. Klimapolitik muss ein Erfolgsprojekt welt-
493 weit werden. Diese Chance werden wir im Interesse der kommenden Generationen nutzen.